

kirchlichen Hilfswerke „Misereor“ und „Brot für die Welt“ trotz rückläufiger Kirchenbesucherzahl jährlich deutliche Steigerungen verzeichnen, was als Ausdruck für eine verstärkte Bereitschaft zur Entwicklungshilfe angesehen werden kann. Trauen sich die Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern nicht zu, mehr staatliche Entwicklungshilfe zu fordern, weil das auch zu Lasten der Arbeitnehmer ginge? Ist es abwegig zu fragen, ob eine Forderung nach Verzicht aus Solidarität mit den Ärmern in Gewerkschaftskreisen tabu ist oder ob Bereitschaft zum Verzicht auch zu den „ethischen Grundhaltungen“ gehört, die „den Geist der Solidarität in der Gewerkschaftsbewegung bestimmen“, wie es in der Präambel heißt? Abschließend sei noch auf ein Problem verwiesen, das für die Gewerkschaften noch nicht zentral sein mag, das aber angesichts der Diskussion um Nachrüstung, der wachsenden Zahl junger Menschen, die den *Ersatzdienst* dem Wehrdienst vorziehen, und auch des starken Widerstandes gegen die Kernkraftindustrie zunehmend an Bedeutung gewinnen kann. Werden die Arbeitnehmer, vor allem die jungen Arbeitnehmer, in Zukunft bereit sein, jeden Ar-

beitsplatz anzunehmen, ohne genau hinzusehen, wozu ihre Arbeitskraft eingesetzt wird? Werden in Zukunft verstärkt junge Arbeitnehmer aus Gewissensgründen *Arbeitsplätze in der Rüstungs- und Kernkraftwerksindustrie* ablehnen, auch auf die Gefahr hin, dann keine Arbeit zu finden? Überspitzt formuliert, steckt hinter dieser Problematik die Frage, ob es ausreicht, daß überhaupt Arbeitsplätze in genügender Zahl vorhanden sind bzw. geschaffen werden müssen, oder müssen sie bis hin zur Respektierung des subjektiven Gewissens auch human und ethisch verantwortbar sein?

Der DGB fordert die Humanisierung der Arbeitswelt, er fordert umfassenden Umweltschutz, zugleich tritt er eindeutig für den Ausbau der friedlichen Verwendung der Kernenergie ein. Wagt er es hier vorurteilslos in die Diskussion einzusteigen? Schließlich geht es ja, wie es immer wieder in den Argumenten für den Bau von Kernkraftwerken heißt, um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Ob diese Haltung allerdings gegenüber der jüngeren Generation auf die Dauer durchzuhalten ist, bleibt zumindest fraglich.

Franz-Josef Trost

Interview

„An diesem Anspruch müssen wir uns messen lassen“

Ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZdK, Friedrich Kronenberg

Das ZdK hat seit der Durchführung der Konzilsreformen im Bereich des Laienapostolats seine Substrukturen wesentlich verändert. Müßte sich die neue Struktur des ZdK als Repräsentant der Verbände und Räte auch auf dessen Funktion als Gesprächspartner des kirchlichen Amtes und der gesellschaftlichen Gruppen im Sinne eines differenzierteren Sprechens über kirchliche und gesellschaftliche Sachverhalte stärker auswirken? Darüber sprachen wir mit dem Generalsekretär des ZdK, Friedrich Kronenberg. Die Fragen stellte D. A. Seeber.

HK: Herr Dr. Kronenberg, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat sich im Zuge der nachkonziliaren Reformen, die auch das Laienapostolat betreffen, in seinen Strukturen bzw. in seiner Zusammensetzung gewandelt. Aber was hat sich dadurch eigentlich in seiner Substanz als Repräsentant und Sprecher deutscher Katholiken geändert?

Kronenberg: Die Substanz des früheren Zentralkomitees der deutschen Katholiken, die eine Vorwegnahme der wesentlichen Aussagen des Konzilsdekrets über das Aposto-

lat der Laien war, hat sich eigentlich erhalten. Die diesbezüglichen Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils haben Funktion und Aufgabe, aber auch die Tradition des Zentralkomitees eher bestätigt. Trotzdem war das Konzil für uns ein entscheidender Einschnitt. Dies möchte ich nicht so verstehen, als wären wir durch die Einbeziehung der Räte zu einer Repräsentation sämtlicher Katholiken in Deutschland gleichsam von unten her gegenüber dem Amt, also eine Art Laienparlament, geworden. Wir sind nach wie vor eine Bündelung der freien Kräfte des Apostolats und erheben keinerlei Totalanspruch auf Repräsentation aller. Ein wirklicher Einschnitt war aber, daß die Strukturen des Laienapostolats nach dem Konzil ausgebaut worden sind, daß wir heute in fast allen Pfarngemeinden, in allen Regionen, Bezirken und Diözesen Räte des Laienapostolats haben. Auf diese Weise ist durch die Substruktur, die das ZdK trägt, heute wesentlich mehr abgedeckt als früher.

HK: Sie sagten, das ZdK erhebe keinen Anspruch auf Gesamtrepräsentanz der Katholiken. Tatsächlich wird heute

im Gegensatz zur Zeit vor noch 15 oder 10 Jahren über die Frage, wer repräsentiert wen, kaum noch gestritten. Aber läßt sich angesichts der in dem ZdK integrierten Rätestrukturen noch von der Bündelung freier Kräfte sprechen? Das ZdK reicht heute durch die Räte doch weit in das pastorale, synodale und damit auch amtliche Element hinein.

Kronenberg: Es ist richtig, daß seit etwa 15 Jahren die Diskussion darüber, wer für die deutschen Katholiken sprechen könne, kaum noch geführt wird. Das hat zwei Gründe: 1. haben wir einen höheren Grad an Repräsentativität; wir repräsentieren heute mehr Menschen, mehr Aktivitäten, mehr Initiativen als vor dem Aufbau der Rätestrukturen in Pfarrgemeinden und Diözesen; 2. haben wir immer wiederholt, daß wir nicht den Anspruch erheben, eine Vertretung sämtlicher Katholiken zu sein, und man möge uns nicht an einem Anspruch messen, den wir nie erhoben haben.

HK: Aber ist das ZdK noch eine Bündelung freier Aktivitäten?

Kronenberg: Ja, denn ich sehe die neuen Qualitäten, die das ZdK durch die Rätestrukturen erhalten hat, nicht unter synodalen und eigentlich auch nicht unter pastoralen Aspekten. Wir haben in den Satzungen für die Laienräte, die wir 1967 gemeinsam mit der Bischofskonferenz erarbeitet haben, nur auf einer Ebene eine Mischung vorgenommen von Räten des Laienapostolats und Pastoralräten: auf der Pfarrebene. Der Pfarrgemeinderat ist Rat des Laienapostolats und Pastoralrat. Von dieser Verflechtung auf Gemeindeebene, die notwendig war, um Überorganisation zu vermeiden, abgesehen, sind auch die Räte des Laienapostolats selbst nach wie vor Bündelung freier Kräfte. Das geht schon daraus hervor, daß die Verbände ihrerseits in den Räten vertreten sind. Sie vertreten also die freien Kräfte und Initiativen des Apostolats der Kirche, also das, was über das hierarchische Apostolat hinausgeht, freilich nicht nur das Apostolat von Laien, sondern auch von Priestern und Ordensleuten, insofern diese nicht im kirchenamtlichen Auftrag tätig sind.

„Das Zweite Vatikanum gibt eine zusätzliche Legitimation“

HK: Ist das ZdK nicht dennoch eine Art Zwitter aus amtlichen und freien Strukturen, aus dem Amt zugeordneten Rätefunktionen und einer Dachorganisation des verbandlich organisierten Katholizismus? Ist die Einbindung in die kirchlichen Ämterstrukturen nach dem Konzil nicht doch sehr viel ausgeprägter?

Kronenberg: Durch das Konzil und durch den ausdrücklichen Beschluß der Bischofskonferenz oder der einzelnen Bischöfe sind die Strukturen, wie sie heute vorliegen, kirchlich anerkannt, und zwar in ihrer jeweiligen spezifischen Aufgabenstellung. Ich bin der Meinung, daß sie insofern durchaus auch ihren kirchenrechtlichen Ort haben sollen, nicht im Sinne einer Vereinnahmung durch das Amt,

vielmehr im Sinne einer Anerkennung der Legitimation, die wir auch von unten her haben.

HK: Wenn ich unser bisheriges Gespräch richtig verstehe, hat sich die Legitimationsgrundlage verbreitert und – auch als Gesprächspartner der kirchlichen Ämter – zugleich verdichtet. Müßte sich das nicht auch deutlicher artikulieren in der Art, wie das ZdK in der Öffentlichkeit spricht, gegebenenfalls auch gegenüber der Bischofskonferenz?

Kronenberg: Es ist sicherlich so, daß wir durch den Ausbau der Strukturen repräsentativer geworden sind und daß man mit Recht diesen Maßstab an unser öffentliches Wirken und Sprechen anlegt. Wir bemühen uns, dem gerecht zu werden, sowohl nach außen, wenn wir uns zu aktuellen Fragen von Gesellschaft und Politik äußern, wie in die Kirche hinein. Soweit es sich um das Sprechen nach außen handelt, führen wir fort, was im Grunde auch schon in früheren Jahrzehnten getan worden ist. Für das Sprechen nach innen gibt es durch das Zweite Vatikanum in der Tat eine zusätzliche Legitimation. In unserem Statut ist – mit Zustimmung der Bischofskonferenz – ausdrücklich festgestellt, daß wir eine Beratungsfunktion gegenüber der Bischofskonferenz haben. Wir bemühen uns, wie gesagt, dem gerecht zu werden.

HK: Verbreiterte Legitimation heißt aber doch wohl auch aufnehmen und gewiß kritisch sichten, aber auch artikulieren, was im deutschen Katholizismus an Fragen gärt. Heißt das nicht auch mehr Mut zur Eigenständigkeit im Sprechen und Handeln, gerade als Laienvertretung?

Kronenberg: Ich glaube, es ist nicht das Problem mangelnder Eigenständigkeit, wenn das Gegenüber zum Amt, zur Bischofskonferenz oder zu den Bischöfen im Rahmen des ZdK nicht so zum Ausdruck kommt, wie das hie und da erwartet wird. Es hängt vielmehr mit dem Selbstverständnis des ZdK zusammen. Wir sehen unsere Aufgabe primär darin, im Rahmen des Apostolats der Kirche – man könnte auch sagen im Rahmen der Sendung der Kirche – unseren Dienst zu tun. Das schließt das Gespräch mit dem Amt mit ein. Dieses ist aber nicht die primäre Funktion, wie dies etwa im Verhältnis von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften der Fall sein mag oder wie es ein Parlament gegenüber der Regierung wahrzunehmen hat. Dort, wo dieses Gespräch geführt wird, kommt es primär darauf an, daß es sachlich und klar geführt wird. Und ich glaube, daß wir das auch tun. Ich darf da nur an Katholikentage als Brennpunkte des innerkirchlichen Gesprächs erinnern.

HK: Katholikentage sind Momentaufnahmen, die Frage ist: Was geschieht in „normalen“ Zeiten?

Kronenberg: Das ist richtig, doch hat beispielsweise der Essener Katholikentag 1968 die Synode angeregt. Wir, d. h. das Zentralkomitee, haben als erste diese Idee aufgegriffen und in vielen Gesprächen mit der Bischofskonferenz dazu beigetragen, daß diese Synode kam und durchgeführt wurde. Wir haben natürlich auch die Durchführung der Synode bis in die Einzelheiten begleitet. Heute ist die Fortsetzung dieser gemeinsamen Bemühungen von

Bischofskonferenz und Laienapostolat in der Gemeinsamen Konferenz vorgesehen.

HK: ... von der man sagt, sie sterbe mehr, als daß sie lebe ...

Kronenberg: Es hat in letzter Zeit wieder eine Selbstbesinnung gegeben, jedenfalls im Bereich des Zentralkomitees. Und wenn dies auch überraschend sein mag: trotz aller Kritik, die geäußert wurde, geht es allen doch entweder um eine Fortführung des Anfangs oder um einen neuen Anfang. Über ein Ende hat bisher niemand gesprochen.

„Wenn Aussagen übereinstimmen, muß das keineswegs auf Kosten der Eigenständigkeit gehen“

HK: Essener Katholikentag und Synode, das waren sicher Vorgänge von großem Gewicht. Sie sind aber Vergangenheit. Wenn wir vom Jetzt-Zustand ausgehen, dann fällt auf, daß es fast durchwegs eine Art Parallelismus zwischen Bischofskonferenz und Zentralkomitee in Stellungnahmen gerade zu gesellschaftlichen, zu gesellschaftspolitischen und auch zu Gestaltungsfragen des persönlichen Lebens gibt. Häufig wird dabei zur selben Thematik und in gleicher Weise dasselbe gesagt. Der Nutzen solcher Verdoppelungen ist höchst zweifelhaft. Was ließe sich gerade im Blick auf die stärkere Eigenständigkeit des Zentralkomitees da anders machen?

Kronenberg: Wir sollten das, glaube ich, ein wenig differenzieren und nach Subjekt und Objekt unterscheiden. Subjekte sind die „Sprecher“, das Zentralkomitee, die Bischofskonferenz. Die Objekte sind die Aussagen, die Themen, über die gesprochen wird. In bezug auf die Subjekte, und das scheint mir das Entscheidende zu sein, gibt es keine Parallelität. Die Bischofskonferenz spricht aus ihrer amtlichen Verantwortung als Hirtenamt, als Lehramt, jedenfalls im Sinne des Leitungsamtes der Kirche, während das Zentralkomitee als die Zusammenfassung der freien Kräfte des Apostolats spricht.

HK: Es gibt keine Identität der Subjekte, aber es besteht doch eine weitgehende Identität der Beraterstäbe der beiden Gremien und ihrer Kommissionen ...

Kronenberg: Ich habe das nie genau verglichen. Ich weiß, daß häufig Berater des Zentralkomitees eines Tages auch Berater bischöflicher Kommissionen werden. Das scheint mir aber nicht das Problem zu sein. Berater beraten. Sie haben kein Stimmrecht. Die legitimierten Sprecher sind das Zentralkomitee und seine Organe.

HK: ... im Ergebnis hängt aber doch vieles von den Beratern ab. Im übrigen gibt es nicht nur häufig dieselben Berater, sondern es zeigen sich auch immer wieder, ob sich die Bischofskonferenz oder das Zentralkomitee äußert, dieselben Standpunkte.

Kronenberg: Wenn Aussagen verschiedener Gremien übereinstimmen, dann muß das keineswegs auf Kosten der

Eigenständigkeit gehen. Trotzdem würde ich Ihnen bezüglich der praktischen Auswirkungen insofern recht geben, als ich auch den Eindruck habe, daß man sich immer wieder und noch mehr als in der Vergangenheit fragen muß, ob die Aufgabenteilung, wie wir sie praktisch haben, optimal ist. Sicherlich kann man diese nicht so vornehmen, daß man einfach sagt: Ihr Laien und eure freien Kräfte sind für den Weltdienst da, und ihr Bischöfe seid zuständig für den Heildienst. Beide sind für beides da. Es sollte aber sicherlich unterschiedliche Akzente und unterschiedliche Schwerpunkte geben. Wenn trotzdem häufig zu gleichen Materien gesprochen wird, dann stellt sich die Frage nach der gemeinsamen Verantwortung von Bischöfen und Laien, eine Frage nach der Gemeinsamen Konferenz, in der es die Möglichkeit gibt, daß Bischöfe und Laien im Rahmen ihrer gemeinsamen Verantwortung gemeinsam sprechen.

HK: Das wäre *ein* Strang: gemeinsam sprechen, wo die gemeinsame Verantwortung klar ist und ohnehin dieselben Aussagen zu erwarten sind. Aber gibt es nicht auch den anderen Weg: den einer sinnvollen Arbeitsteilung? Es leuchtet z. B. ein, daß die Bischofskonferenz in Stellungnahmen etwa zum § 218 oder auch zum Scheidungsrecht vor allem die moraltheologische Maxime als solche aussprechen muß. Man muß aber auch fragen können, welche Wege für den Gesetzgeber offen, möglich oder legitim sind. Von solchen Differenzierungen war leider auch in den zahlreichen Stellungnahmen aus dem ZdK wenig zu hören. Wären sie nicht gerade *seine* Aufgabe als Laienvertretung?

Kronenberg: Ich bin sehr dankbar für den Hinweis. Ich akzeptiere, daß es auch im Feld der gemeinsamen Verantwortung jeweils spezifische Zuständigkeiten geben kann und daß man sich im Sinne einer vernünftigen Arbeitsteilung absprechen soll. Gerade im Fall des Rechtsschutzes für das ungeborene Leben und vergleichsweise auch im Falle des Ehescheidungsrechts wird deutlich, wie eine sinnvolle Aufgabenteilung aussehen kann und, wie ich meine, auch auszusehen hat.

HK: War das aber auch tatsächlich so? Ich kann mich nicht erinnern, daß das ZdK zum § 218 jemals nach Ton und Inhalt etwas anderes gesagt hat als die Bischofskonferenz.

Kronenberg: Doch. Ich muß das kurz deutlich machen. Es ist richtig, daß die Bischofskonferenz sowohl in Fragen des ungeborenen Lebens wie auch der Ehe eher fundamental, grundsätzlich sich äußern sollte. Wir haben uns im Zentralkomitee in den letzten zehn Jahren die Diskussion zu diesen beiden Fragen weiß Gott nicht leicht gemacht. Und wir haben erklärt und sind auch in Gesprächen dafür eingetreten, daß, um beim Rechtsschutz für das ungeborene Leben als Beispiel zu bleiben, man bei aller Wahrung der Grundsatzpositionen doch bereit sein muß, Indikationen hinzunehmen, die man moraltheologisch nicht rechtfertigen kann, bei denen man aber auch aus unserem Verständnis heraus auf staatliche Strafverfolgung verzichten kann. Aber die politische Antwort auf solche

Überlegungen war zunächst die Fristenregelung und dann eine Indikationenregelung, die dem, was wir im Sinne eines Verzichts auf Strafverfolgung für vertretbar hielten, eher Hohn spricht.

„Gesprächsoffenheit muß natürlich von allen Seiten vorhanden sein“

HK: Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, noch einmal hypothetisch nachzuzeichnen, was bereits Geschichte ist. Ich bin aber nicht sicher, ob Ihre Schilderung in jeder Beziehung zutreffend ist. War es während der 7. Legislaturperiode (1969–1972) nicht so, daß eine akzeptable Indikationenlösung noch erreichbar gewesen wäre, wenn von katholischer Seite deutlicher im Sinne der auch von Ihnen gewünschten Differenzierung gesprochen worden wäre? Verwechseln Sie da nicht Ursache und Wirkung?

Kronenberg: Es ist im nachhinein tatsächlich schwer, festzustellen, wo Ursachen für Entwicklungen liegen. Ich habe an vielen Gesprächen, auch in den Jahren von 1969 bis 1972 teilgenommen. Es gab damals in den beiden Koalitionsparteien mehr Kräfte, die sich auf uns zu bewegt haben, als nachher, das ist richtig. Aber ich bin sehr skeptisch, ob es eine akzeptable Lösung hätte geben können. Jedenfalls haben wir damals deutlich signalisiert, daß wir durchaus zu unterscheiden wissen zwischen moraltheologischen Vorstellungen, die uns Christen binden und die auch allgemeingültig sind, die man aber nicht unbedingt und um jeden Preis bis in die letzte Strafverfolgung hinein auch zum Maßstab im politischen und gesellschaftlichen Leben machen kann. Ähnlich verhielten wir uns in Sachen Ehescheidungsreform. Wir sind, das war eine Entscheidung der Vollversammlung des Zentralkomitees, bereit gewesen, ja zu sagen zum Zerrüttungsprinzip. Das hat innerkirchlich manche Diskussion und auch Kritik ausgelöst. Heute wird ernsthaft gefragt, ob diese Entscheidung richtig war. Es wird dabei übersehen, daß wir ja sagten zum Prinzip, aber nicht dazu, daß schließlich weder von Verantwortung noch von Zerrüttung, sondern nur noch von Fristen die Rede war.

HK: Auch dazu hat die Bischofskonferenz und deren Kommissariat in Bonn meines Wissens nicht anders gesprochen als das ZdK. Ich persönlich bin im übrigen der Meinung, daß, wenn das Zerrüttungsprinzip konsequent angewandt wird, man um Fristen gar nicht herumkommt. Andererseits – und das ist meine eigentliche Frage – wäre nicht gerade das Zerrüttungsprinzip ein Beispiel eines juristisch-moralischen Sachverhaltes, wo eine Bischofskonferenz gar keinen unmittelbaren Auftrag zu differenzieren hat, wo aber eine Laienorganisation, wie das Zentralkomitee im Gespräch mit dem politischen Adressaten, von ihrem spezifischen Sachverstand her durchaus stärker differenzieren müßte?

Kronenberg: Ich muß Sie korrigieren. Denn genau so, wie Sie es vorschlagen, ist es gewesen. Die Bischöfe haben sich als Konferenz in dieser Frage ziemlich zurückgehalten.

Wir hingegen sind ziemlich weit in unseren Differenzierungen gegangen und haben uns bemüht, konstruktive Beiträge zur Reform des Eherechts zu leisten. Leider müssen wir heute feststellen, daß von unseren Vorstellungen fast nichts berücksichtigt worden ist, daß allerdings einige Desiderate, die wir hatten, jetzt durch höchstrichterliche Urteile nachträglich noch zur Geltung kommen, also so ganz unberechtigt nicht gewesen sein können. Ich möchte daher sagen: Gesprächsoffenheit muß natürlich auf allen Seiten vorhanden sein, wenn sie zum Tragen kommen soll. Wenn wir offen sind für solche Gespräche und uns auf solche Überlegungen einlassen, aber dann den Eindruck gewinnen müssen, daß auf der anderen Seite diese Offenheit nicht da ist, wird das natürlich zu einem einseitigen Vorgang, der nicht weit führen kann.

HK: Müßte das für Themen wie Kernenergie und Staatsverschuldung nicht noch mehr gelten? Wäre dafür das Zentralkomitee, das in diesem oder jenem Punkt dann auch konkreter, auch *politischer* sprechen darf, dafür nicht besser „dotiert“? Und könnte man sich nicht gerade bei solchen Themen in der Gemeinsamen Konferenz darüber absprechen, wer was sagt?

Kronenberg: Das Zentralkomitee hat am 23. Mai 1980 aus Anlaß der bevorstehenden Bundestagswahl mit sehr eindeutigen Worten den Abbau der Staatsverschuldung gefordert. Noch konkreter, noch politischer konnte man das gar nicht tun. Daß die SPD im Herbst kurz vor der Wahl an einer ähnlich formulierten Forderung der Bischofskonferenz so heftig Anstoß nahm, nachdem sie im Frühjahr die Erklärung des Zentralkomitees positiv gewertet hatte, findet seine Erklärung sicherlich nicht daran, daß die SPD die Beschränkung der Bischöfe auf fundamentale und grundsätzliche Aussagen für notwendig erachtet. Die ungestüme Kritik entsprach vielmehr einer wahltaktischen Strategie, die man für opportun hielt. Innerkirchlich wurde hingegen häufiger kritisch festgestellt, die Bischofskonferenz solle sich im Unterschied zum Zentralkomitee in konkreten, politischen Fragen, in denen legitimerweise Meinungspluralität möglich ist, stärker zurückhalten. Über diese Kritik sollte meines Erachtens noch mehr nachgedacht werden, auch in der Gemeinsamen Konferenz. Ähnliches gilt für das Thema Kernenergie. Die relativ stark ausgeprägte Schweigsamkeit des Zentralkomitees in dieser Frage steht in keinem vertretbaren Verhältnis zu der deutlichen Stellungnahme der Bischofskonferenz vom Herbst des vergangenen Jahres. In der Frühjahrsvollversammlung dieses Jahres wird sich aber auch das Zentralkomitee diesen Fragen stellen.

HK: Müßte das ZdK nicht auch in Fragen innerkirchlicher Auseinandersetzung um einiges aktiver werden? Wir haben z. B. im Gefolge der letzten Bischofssynode wieder eine Neuauflage der Diskussion um „*Humanae vitae*“. Ist das ZdK in einem solchen Fall, wo lehramtliche Verkündigung und Erfahrungswelt des Laien besonders spannungsreich auseinanderlaufen, nicht in besonderer Weise gefordert?

Kronenberg: Grundsätzlich stimme ich dem zu. Was die Frage „Humanae vitae“ betrifft, so habe ich den Eindruck, daß das Gespräch darüber zwischen dem Lehramt bzw. dem Leitungsamt der Kirche und den Laien nicht mit der Intensität und Offenheit geführt wird, wie das zu wünschen wäre. Aber welche Rolle sollen wir eigentlich spielen? Sollen wir als Laien unentwegt sagen, wir möchten mit den Bischöfen und wir möchten mit dem Papst über dieses Thema reden? Ich halte es für viel natürlicher und dem Thema auch angemessener, uns nicht aufzudrängen, wenn wir nicht gefragt werden. Im übrigen denke ich, daß es auch Fragen geben darf und soll, die nicht immer sofort von höchster Instanz entschieden werden müssen.

HK: Da werden Ihnen die allermeisten zustimmen. Aber das ist nicht die Problemlage. Durch „Humanae vitae“ ist ja entschieden ...

Kronenberg: Die Entscheidung ist durch die Königsteiner Erklärung im Hinblick auf unsere pastorale Situation relativiert worden.

„Das ist signifikant für die Unzulänglichkeit der Gesprächslage“

HK: Aber auch die Königsteiner Erklärung ist längst wieder relativiert durch neuere Erklärungen einzelner Bischöfe ...

Kronenberg: Ich kann dazu nur meinen persönlichen Eindruck wiedergeben. Doch deckt sich dieser, glaube ich, mit dem Eindruck, den viele Laien haben. Man ist es irgendwo leid, die Frage der Empfängnisregelung ständig so diskutiert zu sehen, daß jede Erklärung wieder neu relativiert wird. So kann man, glaube ich, mit solchen Fragen nicht umgehen. Wenn ein Bischof erklärt, er habe die Königsteiner Erklärung nicht gelesen, weil er damals nicht Bischof war, dann ist das sicherlich eine Fehlleistung, die nicht überbewertet werden darf, die aber trotzdem signifikant ist für die Unzulänglichkeit der Gesprächslage.

HK: Einverstanden. Aber nehmen wir ein anderes Beispiel, das schon sehr nahe an die Wurzel kirchlichen Lebens reicht. Wir haben seit längerer Zeit eine nicht mehr nur fachliche Diskussion über die Sicherung der Seelsorge in der Kirche. Da die Frage angesichts des Priestermangels und auch angesichts der Probleme der Priester in einer wenig zölibatsfreundlichen Lebenswelt bis tief in die einzelnen Gemeinden hineinreicht, sind Laien durch diese Frage wenigstens ebenso sehr herausgefordert wie Bischöfe. Vom ZdK hat man dazu bisher nicht viel gehört. Hätte nicht gerade das ZdK die Chance, hier eine Debatte zu führen, die weniger allein von der Zölibatsfrage bestimmt ist?

Kronenberg: Das ist ein sehr komplexer Vorgang, von dem ich noch nicht sehe, wie man ihn ausdiskutieren kann. Als die Bischofskonferenz im Rahmen der Neuordnung der pastoralen Dienste dieses Thema aufgriff, hat sich natürlich auch das Zentralkomitee an dieser Beratung beteiligt. Der Geschäftsführende Ausschuß hat zu den Überlegun-

gen der Bischofskonferenz Stellung genommen, und wir haben das auch in der Gemeinsamen Konferenz erörtert. Zwei Dinge scheinen mir aus der Sicht des ZdK wichtig zu sein. Durch den Priestermangel, wie wir ihn heute allenthalben antreffen, ist uns eine Chance zugewachsen, die wir auch unabhängig vom Priestermangel hätten nutzen müssen: nämlich viel stärker die Laien in pastorale Mitverantwortung und in andere kirchliche Dienste zu bringen. Das zweite ist, daß der Priestermangel, der trotz Indienstnahme von Laien wirklich spürbar wird – auch in den Verbänden, aber vor allem in den Gemeinden –, das Bewußtsein, für die Sicherung der Seelsorge mitverantwortlich zu sein, auch bei den Laien schärft und – wie ich hoffe – eine Zunahme der Berufungen bewirkt.

HK: Mein Problem war nicht, ob noch mehr Laien durch den Priestermangel entstandene Leerstellen auffüllen sollen, sondern ich wollte Sie fragen, ob eine Laienorganisation wie das Zentralkomitee nicht den Hirten manchmal etwas eindringlicher zusetzen sollte bei der Frage, wie Seelsorge künftig eigentlich aussehen soll. Ich sehe dazu bisher keine Beiträge aus Ihren Reihen.

Kronenberg: Ich halte es schon für einen beträchtlichen Fortschritt, wenn allen deutlich wird, daß in der Kirche nicht nur Priester und Seelsorger wirken, sondern auch Laien. Je mehr die Laien in der Kirche Verantwortung tragen, um so mehr identifizieren sie sich auch mit der Kirche. Es handelt sich primär nicht um die Frage von mehr Zuständigkeiten für Laien, sondern um die Frage ihrer kirchlichen Sozialisation. Aktives Mitun schafft wirkliche Zugehörigkeit zur Kirche. Die Kirche kann heute nicht mehr nur über ihre Amtsträger in die Welt hineinsprechen, sondern sie muß durch ihre Mitglieder ihre Mission in die Welt tragen und umgekehrt die Fragen der Welt in die Kirche hineinragen.

HK: Sie sagen „Welt in die Kirche hineinragen“. Aber bestätigen Kongresse und Diskussionen des ZdK nicht am laufenden Band, daß man gerade bei Fragen von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung – Familie, Medien, Erziehung – so gut wie unter sich bleibt? Man spricht *über* den Kontrahenten, meist schlagwortartig, aber wenig *mit* ihm.

Kronenberg: Es wäre schlimm, wenn es nur den einen oder den anderen Weg gäbe. Ich glaube, man muß beides tun: sowohl die Fachleute im eigenen Lager beteiligen, um sich so klarzuwerden über Fragen und mögliche Antworten, aber eben auch das Gespräch mit den anderen suchen. Ich denke, daß wir tatsächlich auch beides tun. Wir machen das auf Katholikentagen und auf Kongressen. Ich erinnere etwa an den Kongreß über Entwicklungspolitik und an das ganze dort vorgestellte Dialogprogramm, welches wir gegenwärtig mit Gewerkschaften, Parteien, Bauernverbänden und anderen Gesprächspartnern in den Bereichen Wirtschaft und Gesellschaft durchführen. Gerade diese Gespräche sind für unsere Arbeit modellhaft. Nur lassen Sie mich aber auch das noch sagen: zum Gespräch gehören immer zwei. Fragen, die außerhalb des kirchlichen Bereichs gestellt werden, sollten wir als Fragen immer in un-

ser Gespräch einbeziehen. Aber nicht selten werden wir statt mit Fragen mit Thesen konfrontiert. Und über diese Thesen muß es natürlich auch einmal Streit geben dürfen.

„Ich weiß, daß in der modernen Gesellschaft Meinungsbildung auch eine Apostolatsaufgabe ist“

HK: Ich habe nichts gegen Streit. Ich frage mich nur, ob es nicht richtig und möglich wäre, dem Standpunkt politischer oder ideologischer Kontrahenten in der eigenen Meinungsbildung einen breiteren Platz einzuräumen. Es müßte z. B. doch möglich sein, auf einen vom ZdK veranstalteten Kongreß über Familienfragen auch Vertreter beispielsweise emanzipatorischer Leitbilder einzuladen, um z. B. mit ihnen über die Notwendigkeit der Institution Ehe und über den Sinn von GG § 6 Abs. 1 zu streiten...

Kronenberg: Da kann ich nur die Rückfrage stellen, wie das konkret gemacht werden soll. Die F.D.P. z. B. hat auf ihrem Bundesparteitag in Freiburg nicht mit uns, sondern in eigener Zuständigkeit diskutiert und beraten und den Entschluß gefaßt, daß Ehe keine grundsätzliche Voraussetzung für Familie zu sein brauche. Und diese These wird jetzt politisch vertreten. Darüber reden wir mit der F.D.P. Soll man nun statt dessen in Zukunft gesellschaftlichen Gruppen empfehlen, daß sie, bevor sie sich überhaupt eine Meinung bilden, erst einmal alle miteinander reden? Ich weiß nicht, ob das den Gesetzmäßigkeiten der Meinungsbildung überhaupt gerecht würde.

HK: Das sicher nicht. Aber warum sollte man sich nicht stärker bemühen, um den eigenen Tisch auch Meinungen anderer zu versammeln? Das kann für die eigene Meinungsbildung doch nur gut sein.

Kronenberg: Ich habe den Eindruck, daß wir uns jetzt ein wenig fixiert haben auf eine Aufgabe, die das Zentralkomitee sicherlich auch hat, nämlich die der Meinungsbildung...

HK: Ist das nicht sogar die Hauptaufgabe?

Kronenberg: Mit Sicherheit nicht. Die Hauptaufgabe des Zentralkomitees ist vielmehr, im Rahmen der Sendung der Kirche zu wirken, sicherlich auch durch Reden und Diskutieren, vor allem aber doch durch aktives Handeln. Ich weiß, wie sehr in einer modernen Gesellschaft Meinungsbildung auch eine Apostolatsaufgabe ist, aber sich so darauf mit Priorität zu konzentrieren, das halte ich nicht für angemessen.

HK: Aber gibt es im Katholizismus – etwa im Gegensatz zum Protestantismus, der natürlich dann wieder seine eigenen Probleme hat – vielleicht auch aufgrund der hierarchischen Beschaffenheit der Kirche nicht ein spezifisches und recht ausgeprägtes Defizit an Meinungsbildung? Müßte nicht gerade eine Institution wie das ZdK ein solches Defizit aufzufangen suchen?

Kronenberg: Ich halte das für eine ganz wichtige und ganz

vorrangige Aufgabe. Ich will das überhaupt nicht herabmindern. Wenn Prälat Hanssler vor vielen Jahren einmal gesagt hat, was nicht organisiert ist, ist gesellschaftlich nicht existent, dann könnte man sicher darüber hinaus auch sagen: Wer in der öffentlichen Meinung nicht präsent ist, ist gesellschaftlich nicht existent. Aber es darf nicht der Eindruck entstehen, als erschöpfe sich die Tätigkeit des Laienapostolats darin, im Feld der Meinungsbildung mitzumischen.

HK: Entschuldigen Sie, wenn ich hier etwas hartnäckig bin und nochmals auf meine Frage zurückkomme. Mir fällt auf, daß viele katholische Stellungnahmen sprachlich dem Schlagwortcharakter politischer Reden angepaßt sind. Fehlt es da nicht an der notwendigen gedanklichen Vertiefung? Weiter fällt auf, daß in der Auseinandersetzung um Leitparolen gegenwärtiger gesellschaftlicher Auseinandersetzung – Mündigkeit, Partnerschaft, Emanzipation – die katholische Seite, wenigstens produktiv, kaum präsent ist. Kann sich der deutsche Katholizismus ein solches intellektuelles Leisetreten überhaupt leisten?

Kronenberg: Wir sind natürlich alle Kinder unserer Zeit, und man sollte sich nicht nur anpassen. Auf der anderen Seite halte ich es aber für ganz wichtig, daß wir auch die Sprache unserer Zeit sprechen. Es besteht ja die andere Gefahr, daß bestimmte Termini im kirchlichen Bereich nicht benützt werden und damit die Gefahr gegeben ist, daß sie von anderer Seite allein mit Inhalt ausgefüllt werden.

„Wir haben uns immer bemüht um konkretes Tun“

HK: Sie werden von anderen besetzt und kehren im kirchlichen Gespräch als Schlagworte wieder, die man abwehrt, aber nicht aufarbeitet...

Kronenberg: Meine Bemerkung bezog sich allein auf den ersten Teil Ihrer Frage. Es gibt natürlich im deutschen Katholizismus eine Tradition, nicht auf jedes Modethema gleich hereinzufallen, sondern Tagesdiskussionen in langfristige Perspektiven einzuordnen, was Stichworte wie Autonomie, Mündigkeit, Freiheit, Emanzipation, Partnerschaft und dergleichen angeht. Wenn man sich die letzten 100 Jahre des deutschen Katholizismus ansieht, dann zeigt sich, daß diese Geschichte gerade auch eine Geschichte war, in der es um Freiheit, um Autonomie, um Partnerschaft, um Partizipation und auch um Emanzipation in einem recht verstandenen Sinne ging. Wir haben es uns, glaube ich, gerade mit dem Stichwort Partnerschaft nicht leichtgemacht. Es hat fast vier Jahre gebraucht, ehe wir unsere Erklärung „Ehe und Familie im Spannungsfeld von personaler Partnerschaft und Institution“ verabschiedet haben. Das waren langwierige Prozesse in Gesprächen und Beratungen.

HK: Mit dem Ergebnis, daß, wenn ich an gewisse Ausführungen auf dem letzten Familienkongreß denke, Part-

nerschaft, heute sicher eine Grundfigur von Mitmenschlichkeit und Sozialität, immer noch als ideologischer Ballast verdächtigt wird...

Kronenberg: Sie haben insofern recht, als auf jenem Kongreß Stimmen zu hören waren, die die Partnerschaft eher negativ bewerteten. Es wurde aber von Mitgliedern des ZdK auf dem Kongreß sehr nachdrücklich auf diese Erklärung verwiesen, und ich habe den Eindruck, daß gerade unsere Aussagen zur Partnerschaft über den kirchlichen Raum hinaus Beachtung gefunden haben. Schließlich zum Thema Emanzipation: man wird fragen können, warum wir uns nicht schon früher damit beschäftigt haben. Aber nicht alles muß das Zentralkomitee als solches aufgreifen. Die Frauenverbände haben seit vielen Jahren mit großem Ernst und mit großem Engagement darüber diskutiert. Vielleicht ist jetzt die Zeit gekommen, diese Diskussion auf eine breitere Plattform zu bringen.

HK: Ich wollte eigentlich nicht speziell auf diesen Punkt zufragen, sondern nur ein Beispiel nennen. Aber steht dahinter nicht das größere Problem, wie realitätsbezogen oder realitätsfremd im täglichen Walten und Schalten eine Organisation wie das ZdK Veränderungen in der Gesellschaft, in den Lebenszusammenhängen und in den Lebensformen registriert, zur Kenntnis nimmt und beurteilt. Hat das ZdK hier nicht einen besonderen Auftrag, den es wenigstens teilweise von seiner Aufgabenstellung her besser wahrnehmen könnte als beispielsweise die Bischofskonferenz?

Kronenberg: Wir bemühen uns natürlich um diese Aufgabe. Ich darf das an Beispielen verdeutlichen, die gewiß keine Beispiele am Rande sind: Ich denke an unser Bemühen, das Gespräch zwischen Kirche und Kunst, das weithin zum Erliegen gekommen war, wieder in Gang zu bringen. Unser Kongreß vor zwei Jahren und der Berliner Katholikentag 1980 zeigen erste Erfolge. Ich denke aber auch an Themen wie Eigentumsstreuung, Familienpolitik, Ökumene und ausländische Mitbürger, Themen, denen wir uns in langfristig angelegten Arbeitsprogrammen sowie Tagungen und Kongressen gestellt haben und weiterhin stellen werden. Schließlich muß ich auch noch einmal auf unsere entwicklungspolitischen Bemühungen hinweisen, die wir gemeinsam mit den verantwortlichen kirchlichen Gremien, und zwar auf ökumenischer Grundlage, seit vielen Jahren auf uns genommen haben. In diesem Zusammenhang bemühen wir uns auch um den kulturellen, religiösen und sozialen Austausch mit Ländern und Kirchen der Dritten Welt. Wir haben, glaube ich, relativ früh erkannt, was dadurch an Bereicherung in unsere Kirche mit eingebracht werden kann. Aber wir haben uns hier nie nur um die Meinungsbildung, die zweifellos wichtig ist, bemüht, sondern auch um konkretes Tun. Ich glaube, wir haben damit mehr Offenheit in der Kirche für die Probleme in der eigenen Gesellschaft wie in den großen und weltweiten Fragen der Gegenwart erreicht.

HK: Darf ich unter dem Stichwort Offenheit noch einmal auf gewisse Eigenheiten der Binnenstruktur des ZdK zu-

rückkommen? Das ZdK sucht als Repräsentant des deutschen Katholizismus wie dieser insgesamt traditionsgemäß die Nähe zum politischen Bereich. Parteipolitisch gibt es aber sowohl in der Zusammensetzung des Führungspersonals wie in der Tendenz der politischen Aussagen eine einseitige Nähe zu den Unionsparteien. Die meisten führenden Mitglieder des ZdK spielen eine Doppelrolle als Parteipolitiker und als Katholiken. Ist es da nicht schwierig, so zu sprechen, daß sich Menschen, die anderen Teilen des Parteienspektrums zugehören, *auch* angesprochen fühlen?

Kronenberg: Lassen Sie mich das letzte zuerst aufgreifen. Ich halte es für einen Dienst an der Demokratie, daß man sich der Herausforderung einer solchen Doppelrolle stellt und sich bemüht, ihr gerecht zu werden. Ich bin sehr froh darum, daß diese Praxis in Deutschland nicht abhanden gekommen ist, weil sie es ermöglicht, deutlich zu machen, daß auch der politische Bereich zum Laienapostolat gehört. Natürlich bewegen wir uns dabei in einer bestimmten Tradition. Und Tradition ist immer Bereicherung und Last zugleich. Worum wir uns bemühen müssen, ist, offen zu sein gegenüber neuen Entwicklungen.

„Zu große Sensibilität kann auch zu Neurosen führen“

HK: Aber offen in welchem Sinne? Für die Sachverhalte unabhängig von Parteimeinungen oder offen auch für alle Parteien und für das, was sich in ihnen als politische Realität abspielt?

Kronenberg: Als ich Generalsekretär des Zentralkomitees wurde, wurde mir in einem meiner ersten Interviews die Frage vorgelegt: „Sind Sie für eine Öffnung des Zentralkomitees nach links?“ Ich sagte damals: „Nein, es kann nicht meine Aufgabe sein, eine Öffnung nach links zu betreiben, meine Aufgabe ist, mit dafür zu sorgen, daß das Zentralkomitee prinzipiell offen ist für die Entwicklungen, die sich im deutschen Katholizismus abzeichnen.“ Ich kann nichts anderes tun, als für diese prinzipielle Offenheit einzutreten.

HK: Die Praxis sieht aber nicht unbedingt so aus...

Kronenberg: Ich meine doch, daß bestimmte Entwicklungen auch an der Praxis des ZdK nicht spurlos vorbeigegangen sind. Wir haben seit vielen Jahren auch katholische Politiker, die der SPD angehören, als Mitglieder im Zentralkomitee. Aber wir haben sie nicht als SPD-Politiker, sondern als katholische Politiker in der SPD in unseren Reihen. Außerdem planen wir – nach Ablauf des Wahljahres –, wieder Gespräche mit allen im Bundestag vertretenen Parteien zu führen. Um es nochmals zu sagen, wir sind um Öffnung bemüht und können nur hoffen, daß entsprechend auch alle Gruppen, aus denen Katholiken kommen, ihrerseits für unsere Anliegen offen sind. Offenheit in nur einer Richtung ist eine Sackgasse.

HK: Ist es nicht so, daß katholische Organisationen allgemein und das ZdK im besonderen bei der Behandlung gesellschaftlicher Fragen vor allem an Staat und Gesetzgeber appellieren und darüber die Gesellschaft bzw. das, was jeweils geistig, moralisch, trendhaft in ihr gärt, eher vernachlässigen? Manchmal hat man den Eindruck, in einer Partei wie der SPD spiegele sich sehr viel mehr an Bewußtsein realer Verhältnisse als in vielen Diskussionen katholischer Gremien.

Kronenberg: Ich weiß nicht, von welchen Beobachtungen aus Sie zu diesem Ergebnis kommen. Ich habe umgekehrt den Eindruck, daß in Gruppen, die der SPD – allgemein gesprochen – besonders nahestehen, sehr rasch alles über die Partei auf den Staat hin zugeordnet wird, während wir in unserer Arbeit sehr viel mehr die Gesellschaft selbst zu ihrem Recht kommen lassen.

HK: Dem würde ich zustimmen. Aber darum ging es mir nicht, sondern um die Frage, ob das ZdK und der deutsche Katholizismus insgesamt nicht eine selbst im Vergleich zu politischen Parteien zu geringe Sensibilität für gesellschaftliche Vorgänge entwickeln und ob das nicht damit zusammenhängt, daß man insgesamt zu sehr unter sich bleibt...

Kronenberg: Es ist schwer zu sagen, wie sensibel man heute sein muß. Zu große Sensibilität kann auch zu Nervosität, kann auch zu Neurosen führen. Im übrigen: das Gespräch mit der Gesellschaft findet auch dann statt, wenn es innerhalb des Laienkatholizismus geführt wird. Die Gesellschaft ist ja auch im Katholizismus präsent. Entsprechend ist dann auch die Gesellschaft der klare Adressat, an den Wünsche oder Resolutionen gerichtet werden. Es mag sein, daß das Gespräch mit bestimmten Gruppen in der Gesellschaft oder auch mit bestimmten Bereichen und Institutionen in der Gesellschaft noch intensiver geführt werden müßte und könnte. Gerade unsere Erfah-

rungen mit dem Dialogprogramm im entwicklungspolitischen Bereich signalisieren uns, daß es da Chancen gibt, die wir auch in anderen Bereichen wahrnehmen müssen.

HK: Könnte sich der deutsche Katholizismus bei seiner Finanzausstattung nicht auch sensiblere Beobachtungsinstrumente leisten, die jeweils einsetzende neue Entwicklungen in der Gesamtgesellschaft zu sehen und zu beurteilen vermögen? Es ist in dieser Beziehung weder an wissenschaftlichen noch an publizistischen Einrichtungen viel vorhanden.

Kronenberg: Der deutsche Katholizismus leistet sich zu wenig eine systematische wissenschaftliche Beobachtung unserer Gesellschaft. Der Meinung bin ich auch. Davon könnte auch das Zentralkomitee mehr profitieren, und daran könnte es auch mehr teilhaben. Das würde sich in seiner Arbeit zweifellos positiv niederschlagen.

HK: Gibt es auf katholischer Seite nicht auch ein Defizit an Kontakt und Zwiegespräch mit den sogenannten gesellschaftlich relevanten Gruppen? Eine gelegentliche Begegnung von Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz und den Spitzen des DGB oder auch einmal mit denen der Arbeitgeberverbände genügt wohl nicht.

Kronenberg: Sicher ist es mit gelegentlichen Spitzengesprächen nicht getan. Das gilt nicht nur im Verhältnis zu Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, sondern gegenüber allen gesellschaftlichen Strömungen und Gruppierungen. Es muß ja geradezu unsere Aufgabe sein, in möglichst große Nähe zu den Gruppen unserer Gesellschaft zu kommen, weil es unser eigentliches Ziel, unsere eigentliche Aufgabe ist, mit allen Menschen ins Gespräch zu kommen. Es wäre fatal, wenn wir ins Getto gingen und uns abkapselten. Wir müssen mit allen ins Gespräch kommen. Das ist unterschiedlich gelungen und wird unterschiedlich gelingen. Aber unter diesen Anspruch sind wir gestellt, daran müssen wir uns messen lassen.

Dokumentation

Ausgewählte Fragen zur Christologie

Eine Studie der Internationalen Theologenkommission

Die Internationale Theologenkommission beim Heiligen Stuhl befaßte sich in der letzten Sitzung ihrer zweiten Fünfjahresperiode (1974–1979) mit dem Thema „Christologie“. Zehn schriftliche Berichte bzw. Referate von Theologen verschiedener Disziplinen, Sprachen und Schulen haben die Vollversammlung der Kommission für Herbst 1979 (21.–27. Oktober) in Rom vorbereitet. Zum Zweck der Planung dieser Vollversammlung wurde eine Unterkommission eingesetzt, die zuletzt unter dem Vorsitz von

Karl Lehmann arbeitete. Ihr gehörten an die Professoren: von Balthasar, Cantalamessa, Congar, Dhanis SJ (1978 verstorben), Gonzalez de Cardedal, Le Guillou OP, Lehmann, Martelet SJ, Ratzinger, Semmelroth (1979 verstorben), Schürmann und Walgrave. – Der folgende Text ist eine thesenartige Zusammenstellung der wichtigsten Beratungsergebnisse. Er wurde vielfach überarbeitet und in mehreren Abstimmungsgängen von einer sehr großen Mehrheit der Kommission gebilligt. Der authentische